

N O T I Z E N

aus der 85. Sitzung des Bundesrates vom 30. November 1964

Vorsitz: Hr. Bundespräsident von Moos
Abwesend: niemand
Schriftführer: HH. Oser und Weber
Protokolle: keine
Beginn: 8 Uhr 30 Schluss: 12 Uhr 45

Mitteilungen des Vorstehers des EPD

Dank für die Rettung der Schweizer im Kongo

Bei der Rettungsaktion im Kongo sind 7 Schweizerbürger gerettet worden. Nachdem die Aktion der Belgier und Amerikaner von kommunistischer Seite aufs heftigste angegriffen wurde, legen die beiden Staaten Wert darauf, dass die neutrale Schweiz durch eine Dankbekundung den humanitären Zweck des Unternehmens anerkennt. Herr Wahlen schlägt vor, unsere Botschafter in Belgien und in den USA zu beauftragen, den Regierungen unsern Dank für die Rettung einer Anzahl von Schweizern auszusprechen.

Aus der Mitte des Rates wird die Frage aufgeworfen, ob es nicht besser wäre, wenn das EPD, das die Auslandschweizer betreut, und nicht der Bundesrat danken würde.

Der Rat beschliesst: Dem vorbereiteten Communiqué wird zugestimmt.

Schriftliche Anträge

Bundeskanzlei

Ankündigung neuer Botschaften

Der Vorsteher des EDI erklärt sich bereit, statt detaillierter Zahlenangaben, die den Entscheid des Bundesrates präjudizieren könnten, eine elastischere Formel zu verwenden, die lediglich die ungefähre Grössenordnung angibt.

Geschäftsbericht für 1964, Weisungen an die Departemente

Ein Redner findet, dass die Einleitung sehr lange werden dürfte, wenn man alle von den Departementen vorgeschlagenen Themen berücksichtige. Es wird beschlossen, das Geschäft am Freitag zu behandeln, wenn alle Vorschläge der Departemente zur Verfügung stehen.

Departement des Innern



Schaffung eines Wissenschaftsrates

Auf Wunsch des Vorstehers des JPD wird die Behandlung des Geschäftes auf die Freitagsitzung verschoben, damit die Justizabteilung noch prüfen kann, ob eine gesetzliche Grundlage nötig ist. Wie der Vorsteher des EDI feststellt, ist einem aus der Mitte des Rates geäußerten Wunsche, die beiden Forschungsgebiete (d.h. die Grundlagenforschung und die angewandte Forschung) zu berücksichtigen, bereits im Antrag Rechnung getragen.

Strassentunnel durch den St. Gotthard

Der Vorsteher des EDI entschuldigt sich zunächst für die verspätete Zustellung der Botschaft und verdankt die Bereitschaft zu einer so kurzfristigen Vernehmlassung. Er erklärt sich mit dem Mitbericht des FZD einverstanden. Im Prinzip könne er auch den Vorschlägen des VED zustimmen. Die gewünschte prinzipiell positive Haltung gegenüber der Gebührenfrage bei Alpenstrassentunnel finde man in den Ausführungen auf S. 75 ff der Botschaft. Sollte das VED weitere konkrete Anregungen für die Fassung dieses Abschnittes unterbreiten, so wäre der Sprechende bereit, sie zu prüfen. Bevor die endgültige Abklärung erfolgt sei, sei es aber schwer mehr zu sagen. Durch die Tunnelgebühren würde die Nationalstrassenrechnung nicht stark entlastet. Sollte das Parlament einen Ergänzungsbericht verlangen, so wäre das zu begrüßen. Der Vorsteher des EDI sei beeindruckt durch die regionale Kampfstimmung. Es sollte jetzt vermieden werden, dass im Tessin eine schlechte Stimmung entsteht und die schon bestehenden Schwierigkeiten vermehrt. Die allgemeine Politik scheine ihm im jetzigen Zeitpunkt wichtiger als die Verkehrspolitik.

In der Diskussion wird demgegenüber der Standpunkt vertreten, dass bei allem Verständnis für die Schwierigkeiten des EDI festzustellen sei, dass man sich schon seit 4 Jahren mit der Gebührenfrage herumschleppe. Nachdem der Strassentunnel umstritten sei und dadurch verschiedene regionale Begehren, insbesondere die Frage der Ostalpenbahn noch aktiviert würden, sollte bei der Aufnahme des Gotthardstrassentunnels in das Nationalstrassenprogramm in der Finanzierungsfrage eine klare Situation geschaffen werden. Die Frage der Finanzierung der Alpenstrassentunnel könne unabhängig von den Projekten behandelt werden, wenn man aber einmal gebaut habe, dann werde es unmöglich sein, darauf zurückzukommen. Man müsse damit rechnen, dass schon in den Kommissionen vom Bundesrat eine Berichterstattung über die Frage der Durchfahrtsgebühren verlangt werde. Will man die Botschaft über den Gotthardstrassentunnel separat verabschieden, dann sollte der Bundesrat in der Botschaft erklären, dass er grundsätzlich auf dem Standpunkt der Gebührenerhebung für Alpenstrassentunnel stehe. Kann diese Erklärung heute nicht abgegeben werden wegen der noch unangeklärten Fragen, dann soll die Botschaft jetzt nur angekündigt werden zwecks Festlegung der Priorität und Bestellung der Kommissionen. Was die Tessiner betreffe, so solle

man ihnen sagen, dass sie keine höheren Gebühren entrichten müssen als die Beträge, die sie damit einsparen, dass sie nicht über den Berg zu fahren haben. Der Bau und Betrieb des Tunnel müsse deshalb mit Gebühren finanziert werden, weil das die einzige Möglichkeit sei, um zu einer Beitragsleistung der Ausländer zu gelangen. Diese entrichten ja nur einige wenige Rappen über den Benzinzoll. Man verstehe deshalb nicht, dass die Gebührengegner einen solchen Lärm machen. Man habe alles Interesse daran, die Alpenstrassentunnel separat zu finanzieren. Man sollte nicht auf parlamentarische Reaktionen warten, sonst sei der Bundesrat der Geschobene. Man sollte jetzt provisorisch Stellung beziehen und zwar im positiven Sinne.

Von anderer Seite wird auf die unabgeklärte Frage der Verfassungsmässigkeit hingewiesen. Könnte die Lösung nicht darin bestehen, dass der Bundesrat durch die Bundesversammlung ermächtigt würde, Gebühren zu erheben. Um den Unterhalt der Tunnel sicher zu stellen, könnten die Kantone eine Gesellschaft bilden, bei der auch der Bund beteiligt ist.

Ein weiterer Redner erklärt sich als Anhänger der Erhebung von Tunnelgebühren aber auch als Anhänger der Erhebung von Gebühren für die Benützung der Nationalstrassen. Es sei viel schwieriger eine auf Tunnels beschränkte Gebühr zu erheben als eine allgemeine Gebühr, weil sich dann die Leute, die auf die Verbindung durch die Tunnels angewiesen seien, gegenüber den andern Strassenbenützer zurückgesetzt fühlen. Wollte man Tunnelgebühren erheben, dann müsste man das von der Länge des Tunnels abhängig machen. Man sollte sich deshalb in der Botschaft auch nicht zu stark engagieren.

Der Vorsteher des EDI bemerkt dazu, dass man heute auf die Frage der Erhebung von Strassengebühren nicht mehr zurückkommen könne.

Weiter wird die Frage aufgeworfen, ob man nicht damit, dass man den Gotthardstrassentunnel als Nationalstrasse erkläre, bereits die Frage der Finanzierung präjudiziere. Man müsse prüfen, ob man den Tunnel als Nationalstrasse oder als öffentliches Werk deklarieren und entsprechend finanzieren wolle.

Angesichts dieser und weiterer Fragen, die in der Diskussion aufgeworfen werden, erklärt sich der Vorsteher des EDI einverstanden, die Botschaft jetzt nur anzukünden.

Der Rat beschliesst in diesem Sinne.

Er beauftragt das EDI, das VED und das JPD sich miteinander in Verbindung zu setzen, um zu einem neuen vom EDI vorzubereitenden Text des Abschnittes über die Gebührenfrage Stellung zu nehmen.

Das JPD wird beauftragt, die Frage der Erhebung von Durchfahrtsgebühren bei Strassentunnels so rasch und gut als möglich abzuklären.

Justiz- und Polizeidepartement

Kleine Anfrage Bächtold vom 2. Oktober 1964

Der Vorsteher des JPD nimmt den Antwortentwurf nochmals zurück,

um einen neuen Text zu unterbreiten mit einem positiven Satz gegenüber Italien, worin festgestellt wird, dass es sich bei solchen Vorfällen doch um Ausnahmen handle.

Militärdepartement

Mutationen im Kommando der Réduit-Brigade 22

Aus den Ausführungen des Vorstehers des EMD ergibt sich, dass beide in Frage kommenden Kandidaten militärisch ungefähr gleich geeignet seien für das Kommando. Wenn der Kdt. des 3. AK Oberst i.Gst. Kramer vorgezogen habe, so deshalb, weil er ihn als energischer erachte. Für Oberst i.Gst. Meyer spreche eine grössere Verbundenheit mit dem Gebiet der Réduitbrigade.

In der Diskussion wird der Gesichtspunkt hervorgehoben, dass die Innerschweiz heute weder einen Korpskdt. noch einen Divionskdt. stelle. Nachdem die militärische Fähigkeit nicht ~~ausschlaggebend ins Gewicht falle~~, sollte dem erwähnten Umstände Rechnung getragen werden, umsomehr als man im Falle Mosimann sich auch nach dem Wunsche der Berner Regierung gerichtet habe. *anstritten sei*

Herr Chaudet wird die Wünsche des Bundesrates der LVK unterbreiten und einen schriftlichen Antrag des EMD in Aussicht stellt.

Finanz- und Zolldepartement

Aemterklassifikation, Einreihung der Abteilungschefs

Was die Stellung des Chefs des Rechtsdienstes des EPD betrifft, ergibt die Abklärung durch die Diskussion, dass es sich um eine selbständige Stellung handelt. Der Chef des Rechtsdienstes ist dem Rechtsberater des EPD, Prof. Bindschedler, nicht unterstellt. Das FZD hat Bedenken wegen der Quervergleiche mit ähnlichen Positionen in andern Departementen, wobei der Vorsteher des EPD darauf hinweist, dass der Chef des Rechtsdienstes der Bundesanwaltschaft bereits in der Ueberklasse b/3 figuriert.

Das FZD wird beauftragt, die Auswirkungen des Antrages des EPD und eines aus der Mitte des Rates vorgebrachten Vermittlungsantrages (statt einer Beförderung eine entsprechende Zulage vorzusehen) zu prüfen.

Was die Hebung des Chefs der Justizabteilung betrifft, ist der Rat in seiner grossen Mehrheit der Meinung, dass dieses Amtes, das man als das juristische Gewissen des Bundesrates bezeichnen könne, trotz der Entwicklung der Rechtsdienste der andern Departemente, eine Hebung in die vom JPD beantragte Klasse verdient.

Volkswirtschaftsdepartement

Versuchsanstalt Wädenswil, Bauten, Botschaft

Der Vorsteher des EVD hat den Wunsch das Geschäft noch etwas zurückzustellen, weshalb der angemeldete Antrag noch nicht eingereicht wurde.

Verkehrs- und EnergiewirtschaftsdepartementKonsultative PTT-Konferenz, Geschäftsordnung

Ein Ratsmitglied bemerkt, dass er auf der Liste den Zentralverband der Schweizerischen Arbeitgeberorganisationen vermisse. Der Vorsteher des VED stellt fest, dass eine ganze Reihe von Arbeitgeberverbänden aufgeführt sind. Der Handels- und Industrieverein, der auf der Liste figuriere, habe nicht verlangt, dass der Zentralverband dabei sei.

AusspracheInformation der Presse über Verhandlungen der parlamentarischen Kommissionen

Der vorgelegte Entwurf eines Schreibens an die Bureaux der eidg. Räte wird mit einer Abschwächung genehmigt.

Postulat Eisenring, Rekrutierung von Arbeitskräften aus entfernteren Ländern

Der Rat ist an sich mit dem Tenor der Antwort einverstanden.

Auf Empfehlung eines Ratsmitgliedes wird der Vorsteher des JPD noch den Versuch unternehmen, den Postulanten zum Rückzuge seines Postulates zu bewegen, damit keine grosse Diskussion über diese heiklen Fragen durchgeführt werden muss.

Postulat von K. Schaffer; sichernde Massnahmen zur Verhinderung von Missbräuchen bei Anwendung von Artikel 89bis der BV

Der Rat ist damit einverstanden, dass die Einräumung einer so allgemeinen und so weitgehenden Kompetenz keine Aussicht auf Annahme in den eidg. Räten und bei Volk und Ständen finden werde und deshalb abgelehnt werden soll.

U m f r a g eHr. C h a u d e tMotion Bringolf betr. Bericht über Landesverteidigungskonzeption und Weisskopf betr. Waffenplatz

Der Rat ist damit einverstanden, dass die Motionen als solche angenommen werden.

Motion Vontobel

Diese Motion sollte nur als Postulat entgegengenommen werden.

Hr. W a h l e nVorschläge für den Nobelpreis

Wie alle Jahre ergeht auch dieses Jahr die Aufforderung, Kandidaten für den Nobelpreis vorzuschlagen. 1963 wurde Frau Dr. Kurz vorge-

schlagen. Herr Wahlen sieht keine andere Kandidaten, die in Frage kommen.

Beitritt zum Menschenrechtsabkommen

In einer Resolution wird der Bundesrat eingeladen, den Beitritt der Schweiz zum Menschenrechtsabkommen zu erklären. Herr Wahlen wird ermächtigt zu erklären, dass der Bundesrat nach wie vor auf dem Boden der Antwort auf die Interpellation Furgler steht.

Hr. S c h a f f n e r

Stellungnahme der nationalrätlichen Kommission für auswärtige Angelegenheiten zum Italienabkommen

Herr Schaffner berichtet über das Scherbengericht, das dem Abkommen bei der Behandlung in der nationalrätlichen Kommission bereitet wurde. Allerdings seien sich die Herren darüber im Klaren gewesen, dass nicht das Abkommen, sondern die grosse Zahl der Fremdarbeiter das eigentliche Problem sei. Das Abkommen sei einzig vom Bundesratstisch aus verteidigt worden. Herr Furgler habe wieder seine Vermittlungskunst angewandt und vorgeschlagen, der Bundesrat solle prüfen und Bericht erstatten, welche Massnahmen getroffen werden können, um die Zahl der Fremdarbeiter zu beschränken. Unter diesen Voraussetzungen sei es gelungen, der Kommission die grundsätzliche Zustimmung zum Abkommen abzunötigen. Es sei aber nun nicht möglich, den verlangten Bericht so schnell zu machen, dass das Abkommen im Nationalrat noch in der Dezembersession behandelt werden könne. Man werde bei der Behandlung im Ständerat bereits eine klare Konzeption vorlegen müssen wegen des Stoppes der Zulassung der ausländischen Arbeitskräfte auf Grund einer Plafonierung pro Betrieb. Die Frage der Verlängerung der Arbeitszeit dränge sich bei dieser Sachlage auf.

Die Situation mit Bezug auf Italien sei sehr peinlich, aber bei dieser höchst emotionellen Stimmung in unserem Lande sei kaum etwas besseres zu erreichen, als dass nun einstweilen der Ständerat das Abkommen annimmt. So unangenehm die Sache aussenpolitisch sei, innenpolitisch könne sie dazu beitragen, dass die Teuerungsbekämpfungsbeschlüsse mehr Chance bekommen.

Der Vorsteher des EPD erklärt, dass die Situation aussenpolitisch völlig unhaltbar sei. Er erinnert an die ganze Entstehungsgeschichte mit der Einberufung der Fraktionspräsidentenkonferenz und der Bereitschaft, das Abkommen in der Dezembersession in beiden Räten zu behandeln. Dies sei dem italienischen Botschafter durch den Herrn Bundespräsidenten mitgeteilt worden. Durch die Indiskretion einzelner Parlamentarier sei es unmöglich geworden, zu einer einvernehmlichen Lösung des Zwischenfalls mit Italien zu kommen. Eine Kommission wirft nun einfach die Beschlüsse unserer höchsten Instanz über den Haufen. In Genf habe man mit aller Schärfe die mangelnde Vertragstreue der Engländer aufs Korn genommen. Man dürfe jetzt nicht unsern Ruf als Volk, das sein Wort hält, aufs Spiel setzen.

Der italienische Botschafter ist in grösster Sorge, dass man jetzt in Italien sehr scharf reagieren werde. Man müsse deshalb sofort die Fraktionspräsidenten zusammenrufen und sie auf das Unmögliche dieser Lage aufmerksam machen. Man sollte zu erreichen suchen, dass sich die nationalrätliche erweiterte Kommission für Auswärtiges mit einem mündlichen Bericht des Vorstehers des EVD begnügt und das Abkommen behandelt.

Demgegenüber wird darauf hingewiesen, dass die Gefahr bestehe, wenn man das Abkommen jetzt durchdrücken wolle, dass noch schärfere Reden gehalten werden als in der Kommission und dann ein Bruch mit Italien kaum mehr zu vermeiden wäre. Ein Redner wirft die Frage auf, ob man mehr riskiere mit der Verschiebung auf den März oder mit einer sofortigen Behandlung in beiden Räten. Was mache man, wenn der Nationalrat das Abkommen verwirft?

Es wird beschlossen, den Präsidenten des Nationalrates und die Fraktionspräsidentenkonferenz einzuberufen auf heute abend um 20 Uhr 30 oder auf morgen im Laufe des Vormittages und zwar im Hinblick darauf, dass Herr Schaffner am Dienstag nachmittag nach Paris verreisen muss. Man soll es den Fraktionspräsidenten freistellen, ob sie sich von einem Mitglied ihrer Fraktion, das der auswärtigen Kommission angehört, begleiten lassen wollen.

Vom Bundesrat sollen wieder teilnehmen:

Der Herr Bundespräsident und die Bundesräte Schaffner und Wahlen.

Unruhe im Westschweizerischen Weinbau

Herr Schaffner berichtet über eine Korrespondenz mit den westschweizerischen Weinbauernverbänden in der Frage der Kontingente. Nachdem man in dieser Angelegenheit zuerst die Weinbauern gegen Bern wild gemacht habe, schreibe man jetzt dem EVD, es sei ein Irrtum gewesen. Man bedauere das. Der Vorsteher des EVD habe nicht im Sinne, das durchgehen zu lassen.

Der Rat teilt diese Auffassung.

Präsidialvorbringen

Feier für den Ständeratspräsidenten

An diese am Freitag, den 4. Dezember in Frauenfeld stattfindende Feier wird Herr Bonvin delegiert.

Schreiben des Präsidenten der nationalrätlichen Geschäftsprüfungskommission wegen der Erklärung von Nationalrat Bächtold am Runden Tisch

Der Rat nimmt Kenntnis von der Antwort von Herrn Nationalrat Weibel in dieser Angelegenheit.

Feier für die Schweizerischen Wettkämpfer der Olympiaden von Innsbruck und Tokio

Zu dieser auf Sonntag, den 13. Dezember im Hotel Bellevue Palace angesetzten Feier wird das EMD beauftragt, einen hohen Offizier abzuordnen (s. Beschlussprotokoll).

Postulat Bachmann; Revision des Strassenverkehrsgesetzes

Der Rat ist damit einverstanden, dass der Vorsteher des JPD dieses die Urteilsveröffentlichung bei neuer Tatbegehung betreffende Postulat zur Prüfung entgegennimmt.

Motion Schregenberger; Anpassung der Höchstgewichte und der Ausführungsbestimmungen über die Gütertransporte

Der Rat ist damit einverstanden, dass die Umwandlung in ein Postulat verlangt wird, das dann zur Prüfung entgegengenommen werden soll.

Motion Schaffer; Revision des Art. 45 BV

Die Motion soll in der gegenwärtigen Session lediglich begründet werden.

Der Rat nimmt Kenntnis.

Motion Weber Max; Strassenverkehrsgesetz, Geschwindigkeitsbegrenzung

Der Rat ist damit einverstanden, dass die Motion als Postulat zur Prüfung entgegengenommen wird.

Kleine Anfrage Grollimund

Die Antwort auf diese mit der Motion Weber in Zusammenhang stehende Kleine Anfrage soll in die Antwort zur Motion Weber Max eingebaut werden.

Der Rat ist einverstanden.

* * *